

1

Existenzgeld - mehr als eine Spielart des Bedingungslosen Grundeinkommens

Prolog, aus: Heinrich Heine, Deutschland. Ein Wintermärchen, 1844

„Es wächst hienieden Brot genug
Für alle Menschenkinder,
Auch Rosen und Myrten, Schönheit und Lust,
Und Zuckererbsen nicht minder.

Ja, Zuckererbsen für jedermann,
Sobald die Schoten platzen!
Den Himmel überlassen wir
Den Engeln und den Spatzen.“

Einleitung

Vor etwa 10 Jahren im November 2008 wurde in Meppen die BAG Prekäre Lebenslagen als Nachfolgerin der BAG SHI neu gegründet. Schon mit dem 1. Erwerbslosenkongreß 1982 entstand als politische Forderung, die von den Erwerbslosen- und Sozialhilfe-Initiativen entwickelt und vorangetrieben wurde, das Verlangen nach einem Existenzgeld, das eine Form eines 'Bedingungslosen Grundeinkommens' ist. Bereits im Jahre 2000 entstand das Konzept der BAG SHI, das in 2008 überarbeitet wurde. Die BAG Prekäre Lebenslagen hat mittlerweile 10 Jahre politisch gearbeitet. In dieser Zeit stellten wir fest: Es gibt bei uns unterschiedliche Ansichten über das Existenzgeld, pro und contra und dazwischen.

Wir sehen es als unsere Aufgabe an, dafür zu sorgen, dass das Wissen um die Arbeit der BAG SHI zu diesem Inhalt nicht verloren geht.

Aktuell ist das notwendig wie nie zuvor. Wir haben deswegen eine eigene Homepage zu diesem Thema erstellt, auf der die Texte veröffentlicht sind, die – als lebendiges Archiv – für uns als Diskussionspapiere ihre Gültigkeit nicht verloren haben.

Ist das Existenzgeld noch aktuell ?

In öffentlichen Veranstaltungen, in Sitzungen der BAG Plesa, werden Befürworter*innen von Existenzgeld immer wieder mit folgenden Argumenten gegen ein Bedingungsloses Grundeinkommen konfrontiert: Mensch schaffe einen Niedriglohnsektor, mensch grabe den Gewerkschaften das Wasser ab, mensch blase mit libertären Forderungen gegen die Bürokratie ins Horn des Neoliberalismus, mensch grenze Flüchtlinge und /oder alle Migrant*innen aus und anderes mehr.

Auf Nachfrage, welche Konzepte denn jeweils bekannt seien, werden genannt: Götz Werner, ehemals Besitzer der dm-Kette, Dieter Althaus (CDU Thüringen), mittlerweile nicht mehr aktiv, Neoliberale wie Milton Friedman, oder manchmal die GRÜNEN, weniger die Arbeiterpartei [Partido dos Trabalhadores, PT] in Brasilien, die Organisation FIAN, oder die KP Österreichs.

So werden weder die Konzepte der Erwerbsloseninitiativen noch der Sozialhilfe-Initiativen (BAG SHI, BAG-E, BAG Prekäre Lebenslagen) innerhalb der im sozialen Bereich handelnden Initiativen stark gemacht, sondern nur über die genannten Konzepte diskutiert. Bei attac aber, in Teilen der queer- und Frauenbewegung, bei außereuropäisch in der Solidarität mit dem Trikont tätigen Christ*innen, und in einigen solidarisch handelnden Gruppen zu Wohnungs- und anderen Politiken wird dies wenigstens ohne Vorbehalte und nach Faktenlage diskutiert.

Die Fakten des BAG-SHI-Konzepts sind: Alle Menschen jeden Alters mit Aufenthalt vor Ort sollen nach unserem Konzept von 2008 eine Auszahlung von 800 Euro bekommen, und zwar unbürokratisch abgewickelt. Heute müssen wir aufgrund massiver Preissteigerungen **insbesondere von Wohnraum** von dem Betrag von **1.500 Euro monatlich** ausgehen. Denn unter der Annahme, dass niemand in „Hartz IV“ zur Zeit in einem Schloss wohnt, werden auch die vollen Kosten der Unterkunft erstattet. Bei gerade jetzt (2015 ff.) auftretenden immensen Mietkosten wird es wieder aktuell, das wir dafür eintreten, exorbitante Mietkosten nach rechtlicher Prüfung über „Mehrbedarfe“ zu regeln, eine Regelung, die auch das Wohngeld ersetzen kann. (1)

Die **Auszahlung für Migrant*innen** soll einfach sein, es wird unter Menschen auf der Erde kein Unterschied nach Herkunft, Passbesitz, oder gar Hautfarbe gemacht.

Die **Krankenversicherung** sollte als soziale Infrastruktur für alle erhalten werden, aber zu einer demokratischeren, solidarischeren Versicherung (wohl in Form einer Bürgerversicherung) umgebaut werden. Hierfür können wir ca. 200 Euro pro Person veranschlagen. Ein ALG I (in der Arbeitslosenversicherung) würde in unserem Modell bestehen bleiben, allerdings ist die Anzahl derer wohl gering, die noch ALG I nach den heutigen Gesetzen erhalten. Die **Arbeitsvermittlung** können **Jobcenter** ohnehin kaum leisten, also: Fort mit diesem Zwang zur Arbeit. **Gesellschaftlich bestimmte Mehrbedarfe** in besonderen Lebenslagen werden – der Sozialhilfe vor 2005 entsprechend, aber diese auch verbessernd - zusätzlich bezahlt.

Kein Dach auf dem Kopf zu haben, mangelnde Mobilität, kein Zugang zu (Aus)bildungs- und Kulturinstitutionen, eine durch den Zwang der Verhältnisse oktroyierte schlechte Ernährung, die Zerstörung von langfristigen Lebensplanungen, von Freundschaften sowie täglicher Stress, vor allem die würdelose Behandlung auf den Jobcentern und anderen Ämtern, ist Alltag. Alles das gilt nicht nur für Hartz-IV-Bezieher*innen, sondern auch für Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, letztlich für den Großteil der abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen.

Mittlerweile werden die bundesweit mehr als 400 Jobcenter als der eigentliche Gegner, als „Behemoth“ oder „Leviathan“ (2) gesehen, oft vor Ort als alleiniger Rahmen für unser politisches Handeln gesetzt. Diese Rahmensetzung wird selbst in unseren Reihen viel zu selten in Frage gestellt, sondern wir verbringen unsere Zeit damit,

1 siehe auch das erste beschlossene Konzept der BAG SHI in: Existenzgeld für Alle, Neu-Ulm 2000 sowie Existenzgeld reloaded, Neu-Ulm 2008, aufrufbar unter: <http://www.bagshi.org>

2 Laut Wikipedia ist Leviathan ein Meeresungeheuer aus der jüdischen Mythologie, gleichzeitig der Titel der einflussreichen staats-theoretische Schrift von Thomas Hobbes, 1651. Der Behemoth hingegen ist ursprünglich Sinnbild für ein das Chaos bzw. die Apokalypse erzeugendes Landungeheuer; für Franz Neumann ein Symbol für staatlich gewordenen Faschismus.

Rechtskenntnisse zu erlangen, um uns mit den Behörden vor Ort auseinander zu setzen. Das Verweigern von Utopien, von weitergehenden Forderungen unsererseits, ist oft auch eigener politischer Ratlosigkeit geschuldet, oder der Tatsache, dass neue Generationen von politischen Menschen in der sozialen Bewegung tätig sind, die einzelne Niederlagen so interpretieren, dass nur noch mittelfristig erfüllbare Forderungen gestellt werden. Utopien jenseits einer sowieso notwendigen erheblichen Erhöhung des Regelsatzes werden oft nicht mehr mitgedacht.

Der zu geringe Regelsatz in SGB II und SGB XII bedeutet nicht nur eine systematische Unterversorgung für alle Bezieher*innen dieser Leistungen und dient als Instrument zur Unterdrückung. Die Trostlosigkeit der materiell schlechten Lebensbedingungen ist politisch gewollt. Wenn der Hunger ab dem 20. eines Monats offen zu Tage tritt, eben weil der Regelsatz zum Leben nicht reicht und die 'Tafeln' ein Teil des Gesamtkonzepts sind, so ist klar, dass der Regelsatz ein Instrument der Unterdrückung in der Hand der herrschenden Klasse und Folge von vorhergehenden Enteignungsprozessen ist. Er bedeutet auch, wie schon bei der Einführung von Hartz IV erkenntlich war, eine Entwürdigung der „Empfänger*innen“ von sozialen Leistungen und einen fortlaufenden Demokratieabbau in dieser Gesellschaft.

Für Erwerbslose ist aber die Vorstellung, ohne Sanktionen zu leben, unter der Voraussetzung, nicht instrumentalisiert oder ausgespielt zu werden gegen anwesende und eingewanderte Erwerbstätige, unendlich erleichternd. Auch soll eine Beseitigung der größten Armut, auf welche Art auch immer, ein gutes, solidarisches Leben und demokratische Strukturen unter uns ermöglichen. Denn wir sehen und wissen, dass Armut nicht nur materielle Armut bedeutet, sondern gesellschaftliche Barrieren aufbaut, deren Abreißen mit „Inklusion“ oder anderen Wortungetümen auch nicht ausreichend beschrieben werden kann.

Das Existenzgeld - eine gesellschaftlich transformierende Forderung und der Arbeitsbegriff

Das Konzept eines Existenzgeldes hat aber einen transformatorischen Charakter. Es ist unter günstigen Bedingungen eventuell auch innerhalb kapitalistischer Systeme verwirklichtbar, weist aber – selbst wenn es jetzt verwirklicht würde – weit über dieses System hinaus.

Was durch ein bedingungsloses Grundeinkommen aber nicht gelöst, wenigstens nicht behindert, zwar gefördert, aber nicht vollständig gelöst wird, ist die Aufhebung geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung, die eine Menge „Aushandlungsprozesse“ zwischen den Geschlechtern erfordert. Die Basis dieser Aushandlungsprozesse muss soziale Sicherheit durch ein BGE sein. Auch die Lösung ökologischer Fragen, die Aufhebung von Konkurrenz der Menschen untereinander in kapitalistischen staatlichen Systemen spielen sich auf anderer Ebene ab.

Existenzgeld ist hier ein Schlüssel, ein Türöffner, aber kein Allheilmittel.

Mit dem Existenzgeld / dem bedingungslosen Grundeinkommen ist die Diskussion um einen fundamental anderen Arbeitsbegriff verbunden, der trotz sonstiger Meinungsverschiedenheiten im Ergebnis breite Zustimmung in der Erwerbslosenbewegung innerhalb der letzten dreißig Jahre gefunden hat. Mit dem Konzept ist eine Entbürokratisierung der Auszahlung und eine erhebliche nominelle Erhöhung des Betrages verbunden, der einem Menschen als soziales Grundrecht in Geldwert monatlich zur eigenen materiellen Reproduktion zur Verfügung stehen soll,

beim

Existenzgeld etwa eine Verdoppelung dieser Summe, am heutigen Wert gemessen. Wir wollen nicht in einer passiven Abwehrhaltung, „gegen die Sozialkürzungen bei Erwerbslosen, bei der Rente, beim ALG I, dem Kindergeld, den Leistungen für Flüchtlinge“ verharren, oder in einem Antikapitalismus, der sicherlich abstrakt richtig ist. Sondern wir wollen die Vorstellung von einem zukünftigen guten und gerechten Leben und einer garantierten Existenz jenseits der Lohnarbeit entwickeln und nach „außen“ vertreten. Grundlage für ein Existenzgeld waren von Anfang an die Diskussionen unter den Betroffenen, den sog. Leistungsberechtigten, die zunächst die eigenen Bedürfnisse bzw. die Bedarfe selbst erforschten und danach die Forderungen bestimmten.

Das Existenzgeld ist somit ein Weg, die Diskriminierung an den Jobcentern, im System „Hartz IV“ zu stoppen.

Der Weg, die Mittel, das Ziel - Reformistische Politik von Erwerbslosen im jetzigen System oder gesellschaftliche Transformation - oder beides ?

Ob es hier und jetzt oder später verwirklicht wird, entscheiden nicht wir, sondern die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, deren teil wir sind. So entstehen denn auch politische Widersprüche innerhalb verschiedener Fraktionen der Staatsgewalt, nämlich wie, teilweise sogar, ob „Hartz IV“ noch so umzusetzen sei.

Es geht eben darum, wie wird Politik „von unten“ von uns, gemacht ?

Soziale Auseinandersetzungen in den Bereichen der „materiellen Grundversorgung“ sind die Grundvoraussetzung für eine öffentliche Wahrnehmung. Wir haben leider wenig Verhandlungsmacht – und kein Streikrecht. Oft werden wir gefragt: warum wenden wir uns an Politiker*innen ? Weil wir wollen, dass sie im Alltag Gelebtes oder Gefordertes in allgemein gültige Regeln umsetzen.

Nehmen wir also einmal an, Politiker*innen würden mit uns regelrecht in Verhandlungen treten, weil sich ein nennenswerter Teil nicht nur der Erwerbslosen, sondern auch der Bevölkerung für einen erhöhten Regelsatz oder ein Grundeinkommen einsetzt: wie würden sie dies tun? Wie in Tarifverhandlungen mit Gewerkschaften? oder anders ? Und: wie lange wird es dauern ?

Politiker*innen reagieren wohl auf soziale Bewegungen , so zeigen die außerparlamentarischen und sozialen Bewegungen in den letzten Jahrzehnten, aber nur unter Druck, z.B. durch Demonstrationen und Aktionen, auf politische Willensäußerungen. Sie nehmen dann aber Forderungen der sozialen Bewegungen nicht 1:1 auf, sondern formulieren diese staatskompatibel um, womöglich um damit dann selbst zu punkten. ³Sie reagieren, aber sie tun dies oft, ohne mit irgendjemand außer „ihrer eigenen Blase“ in ernsthafte Gespräche, oder gar in Verhandlungen zu treten, oder durch „intermediäre Vermittlung“. Die institutionalisierte Politik spielt häufig „über Bande“ und verhandelt oder spricht somit mit uns nicht direkt, bevor wir nicht ihre Stellvertreter*innen-Strukturen übernehmen.

³ siehe zur Zeit der Überarbeitung (11/18) dieses Artikels BÜNDNIS 90/GRÜNE und SPD in Teilen.

Wir treten ein für eine sanktionsfreie Mindestsicherung, die in der Summe den heutigen Regelsatz in SGB II/XII erheblich überschreitet, für ein Gutes Leben, das **für alle** gewährleistet sein muss, für eine ausreichende soziale Infrastruktur für alle, und ein Existenzgeld, dessen Durchbuchstabieren von uns immer wieder neu geleistet werden muss.

Deshalb „.....rufen [wir] also ... dazwischen, dass wir zusammen das Kunststück fertig bringen müssen, morgen gemeinsam gegen die Zwangsräumung einer Familie zu protestieren, übermorgen die Stromsperre in einem Alleinerziehendenhaushalt zu verhindern, in den nächsten Wochen Lohndumping bei Discountern und Tierquälerei in der Agrarindustrie anzuprangern, in den nächsten Monaten einen menschenwürdigen Regelsatz für Hartz-IV-Berechtigte und einen ausreichenden gesetzlichen Mindestlohn durchzusetzen, und in den nächsten Jahren in allen Städten Europas gemeinsam gegen Erwerbslosigkeit, Armut, Ausgrenzung und Chauvinismus zu demonstrieren.“ (4)